

"Achtung, die Regionalstadt!"

Autor(en): **Brogle, Martin**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Badener Neujaersblätter**

Band (Jahr): **70 (1995)**

PDF erstellt am: **24.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-324485>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«Achtung, die Regionalstadt!»

Martin Brogle

Ende der sechziger Jahre gewann die Idee, die Kerngemeinden der Region Baden zu einer neuen Stadt zu verschmelzen, eine beachtliche Anhängerschaft. Wie kam es dazu? Warum erhielt das Projekt grossen Zuspruch und weshalb wurde es nur wenige Jahre später stillschweigend wieder ad acta gelegt? Der folgende Beitrag gibt Einblick in ein Stück regionaler Zeitgeschichte.

Die Region Baden im Wirtschaftswachstum der fünfziger und sechziger Jahre

«In der Region Baden musste man sich Rechenschaft ablegen, dass angesichts der Standortgünstigkeit des Raumes der Zustand der Vollüberbauung bereits in etwa zwei Generationen erreicht sein wird oder anders ausgedrückt, dass die Region bereits einen stark fortgeschrittenen Ausbaugrad erreicht hat. Demzufolge ist damit zu rechnen, dass angesichts der latent vorhandenen Wachstumskräfte der Zustand des Vollausbaus rascher erreicht werden wird als in anderen Regionen».¹ Als Aldo Buser, ehemaliger Präsident der Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung, 1968 diese Prognose wagte, hatte er allen Grund, seinen Aussagen zu vertrauen. Die Erfahrungen eines beispiellosen Wachstums der Wirtschaft und eines damit einhergehenden starken Bevölkerungswachstums in der Region Baden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges liessen den «Vollausbau» der Region in greifbare Nähe rücken. Aufgrund der anhaltend stabilen Konjunkturlage in den sechziger Jahren veranlasste die Regionalplanungsgruppe denn auch die Erarbeitung von regionalen Gesamtplänen und Studien über den Infrastrukturbedarf, deren gemeinsame Grundlage eine «vollausgebaute» Region Baden mit ca. 250 000 Einwohnern bildete.²

Die Bevölkerungszunahme in der Agglomeration Baden³ verlief im Vergleich zu anderen Agglomerationen geradezu stürmisch: Die Region wies zwischen 1950 und 1960 die höchste Wachstumsrate aller Zentren der Schweiz auf.⁴ Bis 1970 liess die Industrieregion Baden mit ca. 75 000 Einwohnern die Siedlungsräume Olten, Lugano, Freiburg und Neuenburg hinter sich und zog mit Schaffhausen gleich.⁵ Die

Gemeinde Wettingen überholte im September 1955 mit 15 000 Einwohnern die Stadt Aarau als grösste Gemeinde des Kantons und zählte bereits 1966 über 20 000 Einwohner.⁶ Neuenhofs Bevölkerung nahm zwischen 1950 und 1970 um mehr als das Dreifache auf über 7 000 Einwohner zu.⁷ Prosperität und Wachstum von Industrie und Gewerbe liessen die Zahl der in Baden Berufstätigen bis 1970 auf über 20 000 ansteigen.⁸ Die Stadt Baden als Agglomerationszentrum wies damit bedeutend mehr Arbeitsplätze als Einwohner auf, wobei 80 Prozent der Arbeitsplätze im zweiten Sektor alleine auf die BBC als mit Abstand grössten Arbeitgeber der Region entfielen.⁹ Der Pendlerstrom aus den Agglomerationsgemeinden Ennetbaden, Fislisbach, Neuenhof, Obersiggenthal und Wettingen wuchs dementsprechend bis 1970 auf beinahe 8 000 tägliche Baden-Pendler an.¹⁰ Aus diesen fünf Agglomerationsgemeinden arbeiteten mehr Beschäftigte in Baden als an ihrem Wohnort.

Der Wachstumsprozess und seine belastenden Folgen

Die in diesen Dimensionen auch für andere Ballungszentren der Schweiz einmaligen Wachstumsraten wirkten in den fünfziger Jahren für breite Bevölkerungskreise orientierungstiftend. Das Leitbild¹¹ «Fortschritt» erschloss sich dem einzelnen, indem er feststellen konnte, wie sein materieller Wohlstand wuchs. Damit stand der einzelne Mensch einer Welt gegenüber, die er sich *fugenlos* erklären konnte: Die eigene, «bessere» Zukunft schien vor dem Hintergrund anhaltend stabiler Konjunkturwerte gesichert, ja die Hoffnung auf steigenden Wohlstand war durchaus berechtigt. Das Bild der Schweiz als Wachstumsgesellschaft gehörte mit hin zu den identifizierenden Kernbeständen der fünfziger Jahre. Steigende Kaufkraft und damit einhergehend eine einsetzende Massenmotorisierung waren Merkmale dieser Wachstumsgesellschaft.¹²

Gleichsam hinter dem Rücken der Zeitgenossen zeichneten sich indessen die Konturen durchwegs unbeabsichtigter Folgen des schnellen Wachstums immer deutlicher ab. Dieselben Strukturmerkmale, die Fortschritt und Wohlstand zu garantieren schienen, wurden zunehmend selber zum Problem und führten zu einem um sich greifenden Unbehagen. Die Region Baden als eidgenössische Spitzenreiterin der ungestümen Bevölkerungsentwicklung sah sich diesbezüglich geradezu exemplarisch mit den belastenden Folgen des schnellen Wachstumsprozesses konfrontiert: Das rasche Bevölkerungswachstum der Agglomeration verpflichtete die einzelnen Gemeinden, Infrastrukturleistungen zu übernehmen, die kurzfristig insbesondere die Möglichkeiten jener schnell anwachsenden Wohngemeinden bei weitem überstiegen, denen finanzkräftige Steuerzahler aus Industrie und Gewerbe fehlten. Die Arbeitstätigen, die täglich von einer Vorortsgemeinde an ihren Ar-

beitsplatz in das Agglomerationszentrum nach Baden pendeln mussten und deren Zahl stark anstieg, machten die Erfahrung der fehlenden politischen Mitbestimmung am Arbeitsort. Durch die intensive Bautätigkeit in den Agglomerationsgemeinden entstanden gesichtslose Vorortlandschaften, weil eine übergeordnete Raumplanung weitgehend fehlte. Die politischen Strukturen mit einer ausgebauten Gemeindeautonomie als Grundpfeiler des föderalistischen Staatsaufbaus schienen durch die radikal veränderten Umstände an der Grenze ihrer Belastbarkeit angelangt zu sein. Sinnbild dieser Entwicklung waren Gemeindegrenzen, die scheinbar willkürlich mitten durch neu entstandene Wohnquartiere führten und die inzwischen baulich zusammengewachsenen Agglomerationsgemeinden künstlich trennten.

Die Lösung: eine neue Stadt

In Erwartung eines weiteren Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung wurde damit im Verlaufe der sechziger Jahren die sinnvolle Gestaltung des zukünftigen Lebensraumes zunehmend zum Problem. Zweifel kamen auf, welches der richtige Weg sei, um die wachstumsbedingten Friktionen zu bewältigen. Wie sollten die drängenden Fragen gelöst werden? Wie konnten die politischen Strukturen zeitgerecht reformiert werden, um Probleme des gerechten finanziellen Lastenausgleiches zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gemeinden, Probleme der Mitbestimmung der Pendler an ihrem Arbeitsort und Planungsprobleme adäquat zu lösen? Welche Massnahmen sollten getroffen werden, um der wirtschaftlich, sozial, kulturell und städtebaulich immer enger verflochtenen Agglomeration ein zeitgemässes Kleid zu schneidern?

In diesem Kontext wurde die Autonomie der einzelnen Agglomerationsgemeinden, einst fraglos hingemommener Bestand der politischen Kultur, zur Disposition gestellt. Die Vorstellung, durch eine Verschmelzung der Kerngemeinden der Agglomeration zu einer neuen *Regionalstadt* liesse sich eine tragfähige Antwort auf die bestehenden Probleme finden, stiess auf zunehmenden Zuspruch. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre nahm das Projekt für eine breite regionale Öffentlichkeit wahrnehmbar konkrete Gestalt an und gewann als Leitbild für eine «fortschrittliche», grosszügige Reform veralteter politischer Strukturen quer durch die verschiedenen politischen Lager vermehrt Anhängerinnen und Anhänger.

Das Badener Tagblatt und die Regionalstadt

Verantwortlich für die Verbreitung des Regionalstadt-Gedankens in weite Bevölkerungskreise der Region war in erster Linie das Badener Tagblatt (BT). Mit seiner Berichterstattung zur Regionalstadt wirkte es gleichsam als Lautsprecher



Die BBC wirkte als Motor des beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwungs der Region Baden nach dem Zweiten Weltkrieg. Der rasante Bevölkerungszuwachs sprengte die Grenzen der «Company-Town» Baden. In den Aussen-gemeinden schnellte in der Folge die Zahl der Neuzuzüger rapid in die Höhe (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1966).

der Diskussion um die politische Neuorganisation der Agglomeration Baden. Im Regionalteil der traditionell freisinnig ausgerichteten Zeitung entwarf eine links-liberale Redaktion unter Federführung von Werner Geissberger mit dem Postulat von Gemeindezusammenschlüssen das Leitbild Regionalstadt und war somit massgeblich dafür verantwortlich, dass diese Frage Ende der sechziger Jahre auf der politischen Ebene zum meist diskutierten und heftig umstrittenen Thema der Regionalpolitik aufstieg.

Die Argumentationsstrukturen des Badener Tagblattes in bezug auf die Regionalstadt müssen daher sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Form zusammenfassend nachgezeichnet werden. Hierzu wurde die gesamte Berichterstattung des Tagblattes zur Regionalstadt von 1963 bis 1973 ausgewertet.¹³ In diesem Zeitraum konnte das BT seine Auflage von 15 000 auf 29 000 Exemplare steigern.

Jahr

1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973
Regionalstadt-Artikel im BT										
8	14	8	28	25	23	32	7	4	6	3
(0)	(6)	(2)	(4)	(6)	(7)	(15)	(6)	(4)	(3)	(1)

Die Zahlen in Klammern bezeichnen diejenige Kategorie von Artikeln, die bei der definitiven Codierung qualitativ (thematisch) oder quantitativ (Länge des Artikels) den gestellten Anforderungen nicht genügten (Residualkategorie).

Die Kritik an den politischen Strukturen

Die Berichterstattung des Badener Tagblattes zur Regionalstadt war geprägt durch die Erfahrungen der anhaltenden Hochkonjunktur: Ein weiteres wirtschaftliches Wachstum erschien selbstverständlich, die durch das Wachstum verursachten Schwierigkeiten hingegen mussten durch eine Reform des politischen Systems behoben werden. Die rasante Entwicklung der Region, deren Endprodukt im «Vollausbau» eine einzige Stadt von Neuenhof bis Untersiggenthal mit ungefähr 130 000 Einwohnern¹⁴ werden sollte, stand in der Optik des Badener Tagblattes einem völlig veralteten kommunalpolitischen Apparat gegenüber, der den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen war: «Die Gemeindeautonomie ist durch die demographischen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse längst über den Haufen geworfen».¹⁵ Die praktizierte Form der Zweckverbände als Instrumente interkommunaler Zusammenarbeit lehnte das Tagblatt als undemokratische Lösung ab, da den Bürgern die Mitsprache und die Kontrolle solcher Institutionen weitgehend versagt blieben.¹⁶ Das BT entwickelte vielmehr die Vision einer zukünfti-



«Sobald sich Gemeindegrenzen nicht mehr klar erkennen lassen, soll man eingemeinden.» Dieser Satz des Zürcher alt Stadtpräsidenten Emil Klöti diente den Regionalstadtbefürwortern als Argument für ihre Forderungen (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1963; Zitat: BT, 17. 11. 1966).

gen aargauischen Städtelandschaft mit mehreren Regionen, die als eigenständige Gebilde über politische Organe und einen eigenen technisch-planerischen Apparat verfügen sollten.¹⁷ Demgegenüber erschien der bestehende, auf dem Gemeindeorganisationsgesetz von 1841 basierende Gemeindeaufbau als «aargauische Lebenslüge»¹⁸ und als «archaische Form politischer Bräuche».¹⁹

Das Antlitz der Regionalstadt

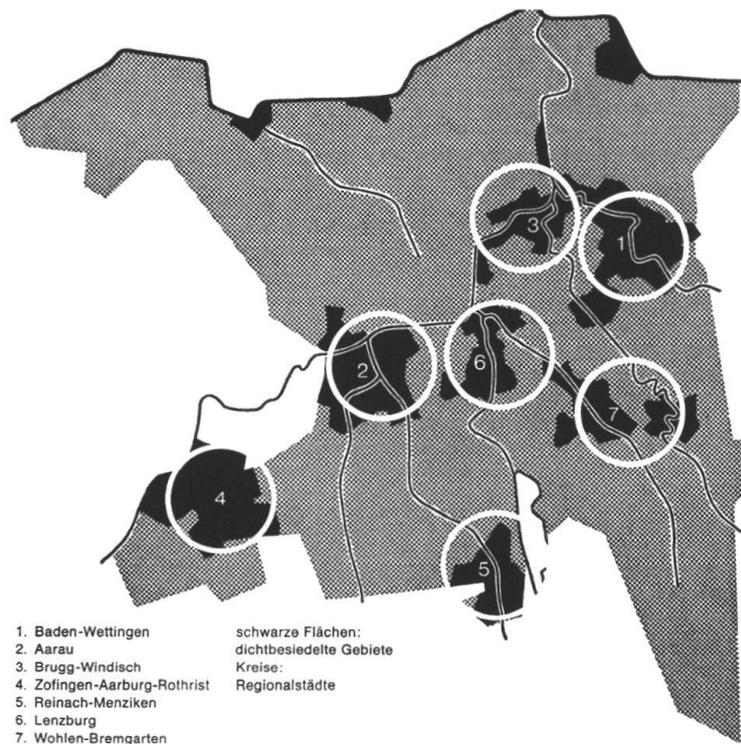
Die politisch zersplitterte Agglomeration kontrastierte das BT mit der als real existierend interpretierten, einheitlichen Stadt im Raume Baden/Wettingen, die – Gemeindegrenzen hin oder her – über 50 000 Einwohner zählte.²⁰ Diese Regionalstadt als ein wirtschaftspolitisch, sozial und städtebaulich kompaktes Gebilde war nach Meinung des Tagblattes politisch neu zu organisieren:²¹

- Die ungleich verteilten Steuereinnahmen in den einzelnen Agglomerationsgemeinden, die insbesondere die schnell anwachsenden Wohngemeinden mit grossem Infrastrukturbedarf und relativ kleinen Steuereinnahmen zu einer höheren Verschuldung nötigten, sollten durch einen regionalen Steuerausgleich in der Regionalstadt über die einzelnen, neu gebildeten Stadtquartiere gerechter verteilt werden.²²
- Der Siedlungsausbau in den einzelnen autonomen Kerngemeinden der Agglomeration sollte nach den Grundsätzen der Regional- und Landesplanung gesteuert werden. Eine einheitliche Stadtplanung mit der gemeinsamen Konzeption einer Stadtlandschaft, in der die verschiedenen Gemeinden in planerischer Hinsicht als Quartiere einer organischen, unteilbaren Stadt betrachtet wurden, sollte den weiteren Ausbau der Regionalstadt sinnvoll vorantreiben.²³ Vorbilder für die Forderung einer zielbewussten Siedlungspolitik lagen in der Nähe: Baden plante zur gleichen Zeit in Dättwil den Bau einer Satellitenstadt für rund 8000 Einwohner nach einem Richtmodell, das städtebauliche, verkehrstechnische, soziologische und wirtschaftliche Überlegungen miteinbezog.²⁴
- Die Gemeindeverwaltungen sollten weitgehend zusammengelegt werden: Eine einheitliche Stadtverwaltung für rund 50 000 Einwohner wurde als «rationellere» Lösung den «dörflich-kleinstädtischen Verwaltungseinheiten»²⁵ vorgezogen. Der neuen Stadtverwaltung wären in der BT-Optik alle Möglichkeiten der Rationalisierung durch den Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung offengestanden.²⁶
- Durch die Gemeindegemeinschaften sollte der Gefahr entgegengetreten werden, zur Zürcher Vorortlandschaft herabzusinken. Immer wieder brachte das BT diese beiden Entwicklungsvarianten auf den Punkt: «Entweder eine

«Redaktor Werner Geissberger sieht die Situation der Schwesterstädte durch das Teleobjektiv», bemerkte ein Diskussionsteilnehmer kritisch an einer öffentlichen Veranstaltung zur Regionalstadt in Wettingen (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1966; Zitat: BT, 17.11.1966).



Der Landesring machte sich 1967 in der Broschüre «achtung: der Aargau» Gedanken über die zukünftige aargauische Stadtlandschaft. Sieben Regionalstädte sollten dem Kanton ein modernes, städtisches Gepräge verleihen. Der Titel der Broschüre nahm bewusst Bezug auf die Streitschrift «achtung: die Schweiz», die vom Autorenkollektiv Lucius Burckhardt, Max Frisch und Markus Kutter 1955 verfasst wurde und den Bau einer neuen Musterstadt anstelle der 1964 stattfindenden Landesausstellung verlangte.



lebenskräftige aargauische Region mit eigenen Institutionen, Baden/Wettingen als städtisches Regionalzentrum mit eigenem Glanz oder aber: eine Anzahl autonomer Gemeinden, die zusammengenommen auch ein Gebilde ergeben: die zürcherische Vorortlandschaft».²⁷ Die Bildung der Regionalstadt war in dieser Hinsicht verbunden mit der optimistischen Erwartung, als zehntgrösste Schweizer Stadt das bisher kleinstädtische Image zugunsten einer Ausstrahlung von Städten wie Schaffhausen oder Neuenburg ablegen zu können.²⁸ Städte dieser Grössenordnung galten daher auch in bezug auf ihre Infrastruktur als Vorbilder für die Regionalstadt.

- Der grossen Masse der täglich nach Baden pendelnden Arbeitstätigen sollte in der Regionalstadt die Möglichkeit gegeben werden, ihre politischen Rechte endlich auch dort auszuüben, wo ihre wirtschaftlichen Interessen lagen. Immer wieder zitierte das BT den Basler Ökonomen Werner Meyer, der in den Jahrbüchern der Neuen Helvetischen Gesellschaft 1965 das Pendler-Syndrom auf den Punkt brachte: «Die Menschen in den Vororten sind politisch weitgehend entrechtet. Sie pendeln zur Arbeit in die Kerngemeinde, wo sie ihre wirtschaftlichen Interessen haben und deshalb wohl auch ihre politische Verwurzelung suchen. Sie dürfen aber dort ihr Stimmrecht gar nicht ausüben. (...) Sie müssen vielmehr zusehen, wie eine immer kleiner werdende Minderheit alles für sie regelt».²⁹ Diese Feststellung traf auf die Agglomeration Baden ganz speziell zu, wies doch kein anderes Ballungszentrum in der Schweiz einen so geringen Bevölkerungsanteil in der Kernstadt im Verhältnis zu den Vorortsgemeinden auf wie Baden.³⁰ Die Symbiose zwischen den Gemeinden schien perfekt: Baden, der grösste Arbeitsplatz der Agglomeration, konnte ohne die täglich zuströmenden Pendler ebensowenig bestehen, wie die Pendler ohne die Badener Lohntüte.³¹

Vom Leitbild der Regionalstadt Baden erwartete das Badener Tagblatt verbesserte Lebensbedingungen für die Bevölkerung der Agglomeration. Darüber hinaus hielt es die Redaktion für notwendig, dem politischen System der Schweiz, das sie als erstarrt interpretierte, neue Impulse zu verleihen.³² Die Bemühungen um die neue Stadt wurden verstanden als Teil des politischen Ringens um die Frage, wie ein dem Menschen der zukünftigen aargauischen Stadtlandschaft angemessener Lebensraum zu verwirklichen sei. Der Begriff «Regionalstadt» erhielt damit im BT über die verwaltungstechnischen und stadtplanerischen Konzepte hinaus auch die Bedeutung eines politischen Programmes für eine offene, soziale und gerechte Stadt der Zukunft im aargauischen Limmattal.³³

Die Regionalstadt in der öffentlichen Diskussion

Die quantitative Analyse der Tagblatt-Artikel zeigt gleichsam die Konjunktur der Regionalstadt-Debatte auf: Im Vorstadium der eigentlichen Diskussionen in der Region Baden lehnte der Grosse Rat 1963 eine Motion des Badener Grossrates Max Fluri ab, die den Aufbau von Regionalräten als neue Behörden zwischen Gemeinden und Kanton forderte. 1964 sprach sich der Grosse Rat auch gegen die Vereinigung von Brugg und Lauffohr aus,³⁴ und im selben Jahr scheiterte das Begehren eines Initiativkomitees aus Fislisbach, ein Zusammengehen mit der Stadt Baden einzuleiten. Die Gemeindeversammlung von Fislisbach verwarf den Antrag, mit Baden Verhandlungen über eine Eingemeindung aufzunehmen, im Verhältnis von zwei zu eins.³⁵

Erst 1966 gelangte die Regionalstadt-Debatte in das Bewusstsein einer grösseren Öffentlichkeit: Im Dezember 1966 lehnte der neu geschaffene Wettinger Einwohnerrat eine Motion ab, die den Gemeinderat beauftragen wollte, mit den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Neuenhof und Obersiggenthal Verhandlungen über die Bildung einer Regionalstadt aufzunehmen. Dennoch wurden im selben Gremium zwei Postulate überwiesen, die den Gemeinderat aufforderten, Unterlagen über die Zustände in der Region zu beschaffen, eine Bestandesaufnahme derjenigen Probleme durchzuführen, die in den kommenden Jahren regional gelöst werden sollten, und die Argumente für und gegen die Regionalstadt aufzulisten.³⁶

Nachdem in Neuenhof 1968 eine ähnliche Motion ebenfalls noch knapp verworfen wurde, beauftragte der dortige Einwohnerrat im Frühling 1969 den Gemeinderat, mit den Gemeinden Baden und Wettingen separat Verhandlungen über einen möglichen Gemeindezusammenschluss durchzuführen.³⁷ Diesem positiven Entscheid war in Neuenhof eine lebhafte Auseinandersetzung um die richtige Weichenstellung für die Zukunft vorausgegangen, denn die Gemeinde geriet durch das schnelle Bevölkerungswachstum in einen finanziellen Engpass. Auf einer schmalen ökonomischen Basis musste binnen weniger Jahre eine öffentliche Infrastruktur erstellt werden, deren Finanzierung den Gemeindefinanzhaushalt kurzfristig überforderte.³⁸ Durch den Nationalstrassenbau geriet die Gemeinde zudem in Gefahr, zum «vielstrassigen Autobahn-Anschlussdorf»³⁹ degradiert zu werden, ohne selber massgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung nehmen zu können.⁴⁰ Eine vom neu gebildeten «Aktionskomitee für den Zusammenschluss von Neuenhof und Baden» im Frühjahr 1969 lancierte Umfrage, an der knapp die Hälfte aller Teilnahmeberechtigten (Schweizer Bürger, nicht stimmberechtigte Ausländerinnen und Ausländer, damals noch nicht stimmberechtigte Frauen und Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren) mitmachte, brachte die vorherrschende Stimmung zum Ausdruck: 94 Prozent der Teilnehmenden sprachen sich für die

Aufnahme von Verhandlungen über einen Zusammenschluss mit der Stadt Baden aus.⁴¹ Die Verschmelzung mit Baden sollte nach Auffassung des Aktionskomitees nur den ersten Schritt hin zu einer integralen Regionalstadt bilden.⁴²

Bereits ein Jahr zuvor, im Juni 1968, veröffentlichte das Badener Tagblatt die Resultate einer Umfrage der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung, an der 600 repräsentativ ausgewählte Personen aus den Gemeinden Baden, Ennetbaden, Fislisbach, Neuenhof, Oberehrendingen, Obersiggenthal und Wettingen teilnahmen.⁴³ Die Umfrage brachte zunächst die ausgeprägte Verbundenheit der Region mit Baden zum Ausdruck. Lediglich sieben Prozent der Befragten aus umliegenden Gemeinden gaben an, in den letzten zwei Monaten vor der Umfrage nie in Baden gewesen zu sein. Demgegenüber erklärte beinahe die Hälfte der Befragten, im selben Zeitraum nie in Zürich gewesen zu sein. Die dominierende Stellung Badens als Arbeitsort und Wirtschaftszentrum, aber auch als bedeutendstes Einkaufszentrum der Region, wurde durch die Umfrage vollumfänglich bestätigt. Der Begriff «Regionalstadt» erwies sich als bekannt: Rund zwei Drittel der Befragten hatten ihn schon gehört oder gelesen, wobei mit grossem Abstand das Badener Tagblatt als wichtigste Informationsquelle genannt wurde. Die Meinungen über die Definition des Begriffes waren allerdings keineswegs einheitlich. Nur rund ein Fünftel der Befragten verstand darunter konkret den politischen Zusammenschluss der Nachbargemeinden mit Baden. Zur entscheidenden Frage, ob man einer Regionalstadt befürwortend oder ablehnend gegenüberstehe, äusseren sich in Baden, Ennetbaden, Fislisbach, Neuenhof, Oberehrendingen und Obersiggenthal 80 Prozent der Männer und 62 Prozent der Frauen positiv, in Wettingen immerhin noch 66 Prozent der Männer und 61 Prozent der Frauen. Die Mehrheit der Befragten rechnete damit, dass die Regionalstadt in 10 bis 13 Jahren, also ungefähr 1980, verwirklicht sein werde. Die Erwartungen der Befragten aus den Agglomerationsgemeinden an die Regionalstadt richteten sich insbesondere auf finanz- und steuerpolitische Vorteile in der neuen Stadt. Weiter zeigte sich quer durch alle Gemeinden hindurch die Überzeugung, dass eine zentralisierte Verwaltung mit einer gemeinsamen Planung im Bau- und Verkehrswesen und im Siedlungs- und Strassenbau effizienter und leistungsfähiger sein würde als die bestehenden Gemeindeverwaltungen.

Kontradiktorische Veranstaltungen, Parteiversammlungen, verschiedene Radiosendungen und zahlreiche Podiumsdiskussionen zur Regionalstadt-Frage belegen die intensive Auseinandersetzung einer regionalen Öffentlichkeit im Ringen um die neuen politischen Strukturen für die Agglomeration. Auf dem Höhepunkt der Debatte berichtete die Neue Zürcher Zeitung von den Bestrebungen zur Bildung einer Regionalstadt Baden und hielt dazu fest: «Aus dem lebendigen

Auf den Einfamilienhaus-Boom folgte in Wettingen in den frühen sechziger Jahren die Hochhausperiode. Mit der neu entstandenen Zentrumsüberbauung sollte Wettingen als attraktiver Stadtteil in der Regionalstadt aufgehen (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1969).



Das Badener Tagblatt kommentierte zahlreiche Abbildungen über die künstliche Gemeindegrenze zwischen Baden und Wettingen sarkastisch: «Mitten durch die Stadt, mitten im zwanzigsten Jahrhundert. Der «eiserne Vorhang» der Region – eine noch nicht ausgeschöpfte Fremdenverkehrsattraktion.» Als verbindendes Element zwischen den beiden Stadtteilen sollte nach den Vorstellungen der «Regionalstädter» im Herzen der neuen Stadt, auf dem Areal des ehemaligen städtischen Spitals, eine gemeinsame Kulturzone mit Freizeitanlagen, Regionalbibliothek, Galerie und Ausbildungsräumen errichtet werden (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1965; Zitat: BT, 5.3.1966; Artikel über Kulturzone: BT, 30.3.1967).



öffentlichen Gespräch entsteht allmählich das Leitbild einer Regionalstadt. Je klarer es sich herauskristallisiert, desto rascher wird es politisch Wirklichkeit werden».⁴⁴

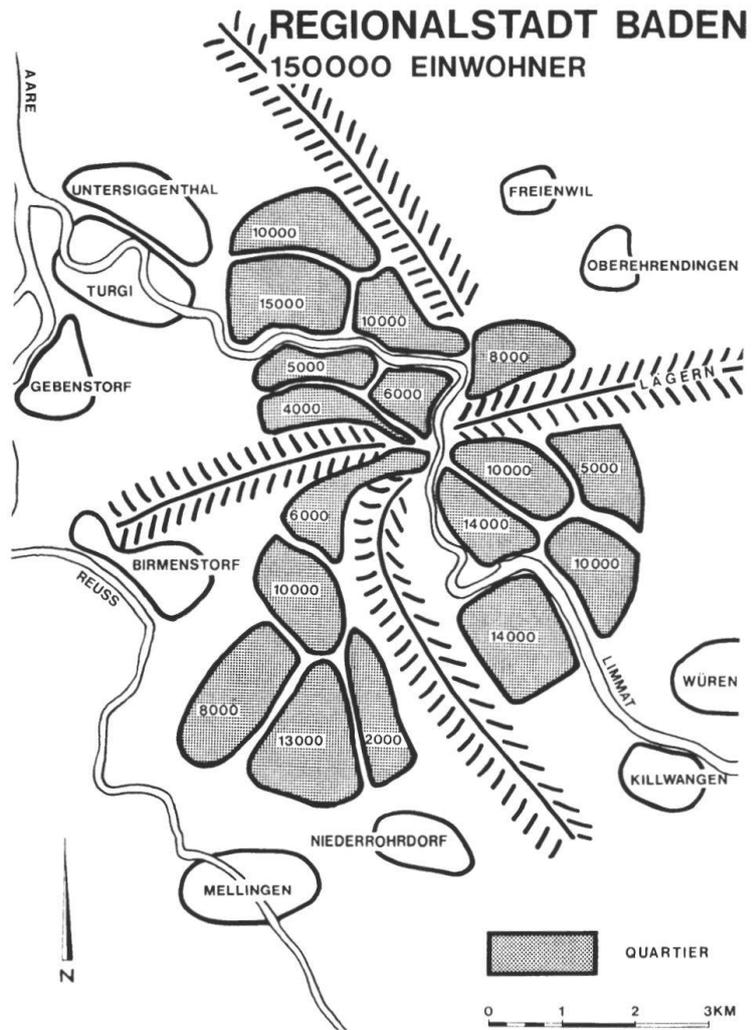
Freilich meldeten sich nun auch die Gegner von Gemeindezusammenschlüssen zu Wort. Vorab die offiziellen Vertreter der Agglomerationsgemeinden als Repräsentanten der bestehenden Strukturen konnten mit wenigen Ausnahmen der Regionalstadt keine guten Seiten abgewinnen.⁴⁵ Insbesondere Wettingens Gemeindeammann Lothar Hess äusserte sich im Einwohnerrat und – für eine weitere Öffentlichkeit wahrnehmbar – auch im Aargauer Volksblatt pointiert kritisch zur Regionalstadt-Idee. Für einen Gemeindezusammenschluss sah er weder eine wirtschaftliche noch eine politische Notwendigkeit. Progressiv ansteigende Verwaltungskosten würden den Regionalstadt-Steuerfuss massiv erhöhen, die neue Stadt hätte eine nicht erwünschte Machtkonzentration in der Region Baden zur Folge, und die Dimensionen der Regionalstadt würden die gesellschaftlichen Symptome einer Vermassung produzieren.⁴⁶ Für die Lösung überkommunaler Aufgaben propagierte der Wettinger Gemeindeammann als tauglichstes Instrument die freiwillige Zusammenarbeit der Gemeinden in Zweckverbänden.

Höhepunkt und Wende in der Regionalstadt-Debatte

Am meisten Tagblatt-Artikel zur Regionalstadt erschienen im Jahre 1969. Dies lässt sich durch die in jenem Jahr wiederkehrenden Gemeinderatswahlen und die in Wettingen und Neuenhof gleichzeitig stattfindenden Einwohnerratswahlen erklären. Diese Wahlen stellte das BT ganz in das Zeichen der Regionalstadt-Frage. Schliesslich gelang es Vertretern des Regionalstadt-Gedankens, in den beiden Gemeinden mit Einwohnerräten in die Parlamente einzuziehen: In Neuenhof erreichte das «Aktionskomitee Zusammenschluss Baden-Neuenhof» auf Anhieb vier Sitze, und der Landesring der Unabhängigen, der sich ebenfalls für den Zusammenschluss mit Baden stark machte, zog mit sechs Sitzen neu in den Einwohnerrat ein.⁴⁷ In Wettingen errang die neuformierte Gruppe «TEAM und Regionalstadt» immerhin zwei Parlamentssitze.⁴⁸

Neben den Aktivitäten in den einzelnen Gemeinden koordinierte die 1968 gegründete «Vereinigung pro Regionalstadt», der Persönlichkeiten aus verschiedenen politischen Lagern angehörten, die Tätigkeiten der Regionalstadt-Anhänger in einem überkommunalen Rahmen.⁴⁹ Vier Arbeitsgruppen sollten sich mit der konkreten Ausgestaltung der neuen Stadt befassen: Eine «Modell»-Gruppe konzipierte das äussere Bild der Regionalstadt und setzte sich mit Problemen des Verkehrs und der Planung auseinander; eine Arbeitsgruppe «politische Rechte» wurde beauftragt, ein politisches Organisationsmodell für die Regionalstadt aus-

Die FdP machte sich 1969 in einem «Regierungsprogramm für den Bezirk Baden» Gedanken über die zukünftige Regionalstadt Baden und prognostizierte deren Einwohnerzahl für den «Planungszustand I».



Neben der St.-Sebastians-Kirche ragten die neuen Hochhäuser als «Kathedralen des Fortschritts» in den Wetzinger Himmel. Die Städteplaner rechneten in der Hochkonjunktur der sechziger Jahre für die Stadt auf dem Lande im «Vollausbau» mit rund 40 000 Einwohnern (Foto: BT-Archiv, Aufnahme 1964).



zuarbeiten; eine «Dienstleistungsgruppe» erörterte die Fragen einer Neueinteilung der Schulkreise, Fragen des Aufbaus von gemeinsamen städtischen Sozialeinrichtungen und Fragen der städtischen Kultur; eine Gruppe «Finanzen» versuchte die finanziellen Konsequenzen abzuschätzen, die den Steuerzahlern aus der neuen Stadtorganisation erwachsen würden.

Weiteren Auftrieb erhielten die Regionalstadt-Befürworter durch die Revision des grossrätlichen Entscheides zur Vereinigung von Brugg und Lauffohr. Nachdem 1964 der Grosse Rat einer Vereinigung noch ablehnend gegenüberstand, bejahte er nur fünf Jahre später den Zusammenschluss der beiden Gemeinden, wobei in der Grossratsdebatte der grundsätzliche Wille des Regierungsrates zum Ausdruck kam, Gemeindezusammenlegungen in Zukunft aktiv zu fördern. «Gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Überlegungen drängen zu Einheiten, welche die engen Grenzen des eigenen Gemeindeverbandes sprengen»,⁵⁰ mahnte Regierungsrat Louis Lang in der Debatte und folgerte: «Wenn sich also der Grosse Rat im Falle Brugg/Lauffohr für die Gemeindevereinigung entschliesst (...), so inauguriert er eine vereinigungsfördernde Praxis, wie sie die Regierung anstrebt».⁵¹

Die zunehmende Intensität der Regionalstadt-Debatte in der engeren Region veranlasste 1968 die Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung, die Fragen nach den Vor- und Nachteilen von Gemeindezusammenschlüssen auf wissenschaftlicher Basis abklären zu lassen. Anhand von drei Kombinationen planerischer und politischer Leitbilder sollte die mögliche Entwicklung der Agglomeration Baden aufgezeigt werden:⁵² Eine erste Leitbildvariante (Variante «Dispers») zeichnete den Status-Quo in die Zukunft weiter. Bei einer relativ niedrigen durchschnittlichen Besiedlungsdichte an den Randzonen und starken Agglomerationstendenzen im Raum Baden-Wettingen sollte an der Gemeindeautonomie festgehalten und Probleme interkommunaler Art weiterhin mittels Zweckverbänden gelöst werden. Die zweite Leitbildvariante (Variante «Zentral») sah vor, die Ballungstendenzen im engeren Agglomerationsbereich mit einer hohen Siedlungsdichte und einer maximalen Konzentration der Dienste in einem Regionszentrum bewusst zu fördern. Die politische Grundlage sollte die Regionalstadt mit fünf bis sieben verschmolzenen Kerngemeinden bilden. Die dritte Leitbildvariante (Variante «Multi-zentral») zeigte die Möglichkeiten einer Zwischenlösung auf: Mehrere Siedlungsschwerpunkte in der Region sollten im Sinne einer dezentralisierten Konzentration gefördert werden. Zwischen den Gemeinden und dem Kanton war mit dem Regionalverband eine neue politische Institution vorgesehen, die der Regionsbevölkerung eine erleichterte Teilnahme an der politischen Willensbildung gebracht hätte.

Dieser kurze Überblick über die imposante Fülle von politischen Aktivitäten rund um die Regionalstadt gegen Ende der sechziger Jahre ist insbesondere deshalb interessant, weil die eigentlichen Argumentationsstrukturen für die Bildung der neuen Stadt im Kern bereits in der ersten Hälfte des Jahrzehnts durch die Berichterstattung des Badener Tagblattes angelegt waren. Erklärungsbedürftig bleibt daher die Frage, weshalb das Leitbild Regionalstadt erst nach 1966 zusehends grössere Beachtung und Unterstützung quer durch die politischen Parteien fand. Ebenso erklärungsbedürftig erscheint damit auch der rapide Verlust der Bedeutung des Themas zu Beginn der siebziger Jahre.

Erst als breitere Bevölkerungskreise über die sinnvolle Gestaltung der Zukunft der Region Baden ernsthaft verunsichert und für die unerwünschten Folgen des rapiden Wachstums sensibilisiert waren, erreichte das BT mit dem Leitbild der Regionalstadt eine weitere regionale Öffentlichkeit. Eine Öffentlichkeit, die Ende der sechziger Jahre in euphorischer Erwartung des «Vollausbaues» der Region Baden neue Spielräume der politischen Gestaltung entdeckte und in einer eigentlichen Aufbruchsstimmung den Reformbedarf kommunalpolitischer Organisationsformen erkannte. Die Regionalstadt als grosszügige, weitsichtige Lösung entsprach damit durchaus einem optimistischen Vertrauen in die politische Planbarkeit der Zukunft und der Vorstellung einer beinahe unbegrenzten technischen Beherrschbarkeit der eigenen Umwelt. Das Projekt fügte sich somit nahtlos in die Wachstumseuphorie der Zeit ein, ohne den gesellschaftlichen Wachstumskonsens grundsätzlich in Frage zu stellen.

Nachdem die Diskussionen richtig lanciert waren und die offiziellen Gremien die Resultate ihrer Abklärungen und Erhebungen zur Regionalstadt vorgelegt hatten, veränderte sich indessen die wirtschaftspolitische Lage grundlegend. Als 1973 die umfangreichen Zusammenschluss-Gespräche zwischen Baden und Neuenhof abgeschlossen wurden, sahen sich die Zeitgenossen mit einer stagnierenden Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung konfrontiert; die «Grenzen des Wachstums»⁵³ schienen erreicht, und die Planungseuphorie der sechziger Jahre wurde durch die einsetzende Rezession merklich erschüttert.⁵⁴ Ein «Vollausbau» der Region schien vor diesem veränderten Hintergrund weder erreichbar noch wünschbar.⁵⁵ Damit wurden aber auch die Spielräume für politische Reformen innert wenigen Jahren wieder eng beschränkt.⁵⁶ Zeitkritik und Reformwillen gerieten in die Defensive, was sich nicht zuletzt auch in einem politischen Kurswechsel des Badener Tagblattes äusserte, das seine pointiert linksliberale Position mit dem Ende der Hochkonjunktur zugunsten einer freisinnig-wirtschaftsfreundlichen Haltung aufgab.⁵⁷

Die Schlussberichte

Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung der Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung bescherten keine klaren Resultate bezüglich der Wirtschaftlichkeit der drei verschiedenen Leitbildvarianten, auch wenn für eine optimale Infrastrukturplanung leichte Vorteile bei einer zentralisierten Verwaltung errechnet wurden.⁵⁸ Ebenso liess der soziologische Beitrag den Entscheid über die beste Variante offen, indem er primär auf die Bedeutung der Identifikation grosser Bevölkerungsteile mit den Zielsetzungen eines Leitbildes hinwies.⁵⁹ Präzis diese Identifikation kam der Regionalstadt-Variante durch den geschilderten Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft aber immer mehr abhanden. Als sich 1975 die Regionalplanungsgruppe Baden und Umgebung für das Leitbild «Multizentral» als Alternative zur Regionalstadt entschied, sah sie mit dem neu zu bildenden Regionalverband zwar noch eine neuartige, parlamentsähnliche Institution auf regionaler Ebene vor, die in dieser Form jedoch nie verwirklicht wurde.⁶⁰ Auch die Vorstösse aus dem Wettinger Einwohnerrat, die als Alternative zur Regionalstadt ebenfalls einen neu zu schaffenden, vom Volk gewählten Regionalrat verlangten,⁶¹ fanden schliesslich weder im Aargauischen Verfassungsrat noch im Grossen Rat Anklang.⁶²

Auf der Basis der zwischen Baden und Neuenhof ausgearbeiteten gemeinsamen Grundlagen, welche die Vor- und Nachteile eines Gemeindezusammenschlusses durch den Vergleich der Einwohner-, Berufs- und Baustruktur, der Finanzen und der öffentlichen und privaten Dienstleistungen der beiden Gemeinden auflisteten, beschloss der Neuenhofer Einwohnerrat, einen Gemeindezusammenschluss Neuenhof-Baden nicht mehr weiter zu verfolgen.⁶³ Ein abflachendes Bevölkerungswachstum ermöglichte es der Entwicklungsgemeinde, dem Bedarf an öffentlicher Infrastruktur besser nachzukommen und somit die Eigenständigkeit zu bewahren. Identische Abklärungen von Neuenhof mit der Gemeinde Wettingen führten zwei Jahre später zum selben Ergebnis, wobei der Neuenhofer Rat ausdrücklich festhielt, Wettingen habe nie ein Interesse an einem Zusammenschluss der beiden Gemeinden bekundet.⁶⁴

Die Aufbruchstimmung der sechziger Jahre, die im Aargau auch zur Ausarbeitung einer neuen Kantonsverfassung führte, verlor mit dem Ende der Hochkonjunktur deutlich an Rückhalt in der Bevölkerung.⁶⁵ Die Vision einer zukünftigen aargauischen Städtelandschaft mit eigenständigen Regionalstädten verblasste vor dem Horizont verschlechterter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und machte einer Ernüchterung und Skepsis gegenüber hochfliegender politischer Planung Platz. Die Regionalstadt-Pläne in der Agglomeration Baden verloren unter den Vorzeichen einer schwindenden Reformbereitschaft vollends ihre Bedeutung und

landeten schliesslich unbeachtet in der politischen Versenkung. Daran konnte auch der Badener Stadtrat nichts ändern, obwohl er noch 1975 den Zusammenschluss der Kerngemeinden der Region befürwortete.⁶⁶ Ebenso erging es dem Versuch, in der neuen Verfassung die bisherige Bezirkseinteilung des Kantons zu eliminieren und Regionen als neue politische Körperschaften zwischen Gemeinden und Kanton zu schaffen. Das im Reformzeifer der Hochkonjunktur in der Agglomeration Baden noch als Alternative zur Regionalstadt vorgeschlagene Projekt einer Stadtregion, die als demokratisierte Einheit auf überkommunaler Ebene mit einem von der Bevölkerung gewählten Regionalparlament eine erleichterte Mitbestimmung für die Regionsbevölkerung gebracht hätte, versandete schliesslich im Verlauf der Verfassungsdebatte.⁶⁷ Die Zeit der «grossen Würfe» in der Regionalpolitik war endgültig vorbei.

Der Titel des Aufsatzes entstammt einem der zahlreichen Artikel von W. Geissberger zur Regionalstadt (BT, 13.12.66, Nr. 291, S. 14/15). Mit dieser Überschrift stellte Geissberger den Bezug her zum unkonventionellen Städtebauprojekt von L. Burckhardt, M. Frisch und M. Kutter aus den fünfziger Jahren. Die drei Autoren formulierten ihre städtebauliche Vision in der Streitschrift «achtung: die Schweiz». Siehe dazu auch die Abbildung auf Seite 29 dieses Beitrages.

¹ Buser, A. 20 Jahre Regionalplanung Baden. In: Planen und Bauen in der Nordwestschweiz.

Organ der Regionalplanungsgruppe Nordwestschweiz, Nr. 1 (1968), S. 2.

² Die verschiedenen Bevölkerungsprognosen sind im Transportplan Region Baden Zukunft II: Vollausbau, Zürich 1962, S. 94, aufgelistet. Folgende Gemeinden werden im Transportplan zur Region gezählt: Baden, Ennetbaden, Gebenstorf, Killwangen, Neuenhof, Obersiggenthal, Spreitenbach, Turgi, Untersiggenthal, Wettingen, Würenlos.

³ Zur Definition der Agglomeration siehe: Abgrenzung der Agglomerationsräume in der Schweiz 1980. Beiträge zur schweizerischen Statistik, Heft 105, hrsg. vom Bundesamt für Statistik, S. 15. Zur Agglomeration Baden zählen Baden, Ennetbaden, Fislisbach, Gebenstorf, Neuenhof, Niederrohrdorf, Oberrohrdorf, Obersiggenthal, Turgi, Untersiggenthal, Wettingen. Ältere Abgrenzungen (Stat. Jahrbücher der Schweiz bis 1963)

umfassen die Gemeinden Baden, Ennetbaden, Neuenhof, Obersiggenthal und Wettingen, ab 1964 werden zusätzlich Fislisbach und Oberehrendingen dazugezählt, 1972 kommen Niederrohrdorf, Oberrohrdorf, Turgi, Unterehrendingen und Untersiggenthal dazu. Ober- und Unterehrendingen entfallen 1980.

⁴ Die Bevölkerung der fünf Kerngemeinden Baden, Ennetbaden, Neuenhof, Obersiggenthal und Wettingen wuchs innert zehn Jahren von 30 650 auf 43 545 an, was einer Zunahme von 41 Prozent entspricht. (Stat. Jahrbuch der Schweiz 1959/60, S. 13 und 1962, S. 13).

⁵ Seiler, Ch./Steigmeier, A. Geschichte des Aargaus, Aarau 1991, S. 173.

⁶ Ebd., S. 174.

⁷ Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 467, Eidg. Stat. Amt Bern 1971, S. 54/55.

⁸ Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 549, Eidg. Stat. Amt Bern 1974, S. 130.

⁹ Scheidegger, HS. Organisationsformen für Planungsregionen. Institut für ORL Planung ETH ZH, Regionalplanungskurs 1966/67, S. 7. Zur Entwicklung der BBC nach dem Zweiten Weltkrieg siehe auch Catrina, W. BBC, Glanz, Krise, Fusion, Zürich/Wiesbaden 1991, S. 77ff.

¹⁰ Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 281, Bern 1956, S. 85/86. Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 383, Bern 1965, S. 76. Stat. Quellenwerke der Schweiz, Heft 549, Bern 1974, S. 130/131.

¹¹ Leitbild soll hier nach Imhof, K./Romano, G. ver-

standen werden als «vernetztes Interpretationsgefüge variabler Grössenordnung und Abstraktheit». Über Leitbilder erschliessen wir uns die Welt und strukturieren unser Handeln (Imhof, K./Romano, G. Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, hrsg. vom Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich 1991, S. 20).

- ¹² Siehe dazu Tanner, J. Zwischen «American Way of Life» und «Geistiger Landesverteidigung». Gesellschaftliche Widersprüche in der Schweiz der fünfziger Jahre. In: *Unsere Kunstdenkmäler* 43 (1992), S. 355. Oder auch Imhof, K./Romano, G. Bilder und Leitbilder im sozialen Wandel, S. 431. Grundlegend zur Entwicklung der Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg: Gilg, P./Hablützel, P. Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945). In: *Geschichte der Schweiz und der Schweizer*, Bd. 3, Basel, Frankfurt a.M. 1983, S. 191–307.
- ¹³ Als Zählleinheit wurde grundsätzlich ein einzelner Artikel festgelegt. In die Auswertung einbezogen wurden nur Artikel, die folgende Bedingungen erfüllten: 1. Der Artikel musste im Regionalteil der Zeitung abgedruckt sein oder in Form eines vom BT seit Ende der sechziger Jahre unregelmässig durchgeführten BT-Hearings oder als Artikel in einer BT-Mittwoch-Beilage erschienen sein. – 2. Es wurden nur Artikel ausgezählt, die mindestens 90 Zeilen (inkl. Titel) umfassten. Damit wurden kurze Beiträge eliminiert. Nach oben war keine Limite festgelegt. Ein Artikel mit mehr als 90 Zeilen zählte trotzdem nur einmal. – 3. Lediglich redaktionell bearbeitete Artikel wurden mitgezählt. Leserbriefe, Inserate und Zuschriften von politischen Parteien entfielen. Bilder, Statistiken und Graphiken, die sich mit der Regionalstadt befassten, wurden hingegen bei der Festlegung der Artikellänge berücksichtigt. – 4. Qualitativ musste ein Artikel die politische Neuorganisation der Agglomeration Baden auf der Basis von neu zu bildenden regionalen Institutionen oder von Gemeindezusammenschlüssen zu einer Regionalstadt thematisieren, um in den Korpus aufgenommen zu werden.
- ¹⁴ BT, 21.12.63, Nr. 301, S. 13.
- ¹⁵ BT, 28.9.63, Nr. 228, S. 12.
- ¹⁶ BT, 28.10.64, Nr. 254, S. 20.
- ¹⁷ BT, 3.4.65, Nr. 78, S. 21.
- ¹⁸ BT, 21.11.64, Nr. 275, S. 24.

- ¹⁹ BT, 9.1.65, Nr. 6, S. 27.
- ²⁰ BT, 14.10.64, Nr. 242, S. 20. Oder auch BT, 20.11.65, Nr. 271, S. 22.
- ²¹ BT, 5.3.66, Nr. 54, S. 19. Oder auch BT, 28.11.64, Nr. 281, S. 22.
- ²² BT, 6.11.65, Nr. 259, S. 23.
- ²³ BT, 22.10.63, Nr. 249, S. 18. BT, 21.12.63, Nr. 301, S. 13.
- ²⁴ BT, 28.7.66, Nr. 173, S. 15/16. Siehe auch Stadt Baden, Planung Dättwil. Bericht der städtischen Planungskommission, Juni 1972.
- ²⁵ BT, 24.10.64, Nr. 251, S. 23.
- ²⁶ BT, 27.2.67, Nr. 48, S. 21.
- ²⁷ BT, 28.11.64, Nr. 281, S. 22.
- ²⁸ BT, 20.11.65, Nr. 271, S. 22. Oder auch: BT, 13.12.66, Nr. 291, S. 14/15.
- ²⁹ Meyer, W. Die Region, ein neuer Stützpunkt des Föderalismus? In: *Jahrbuch der Neuen Helvetischen Gesellschaft* 36 (1965), S. 86.
- ³⁰ BT, 13.12.66, Nr. 291, S. 14/15. Scheidegger, HS., S. 8.
- ³¹ BT, 13.8.66, Nr. 187, S. 27.
- ³² BT, 31.8.68, Nr. 203, S. 29.
- ³³ Ebd. Oder auch: BT, 24.10.64, Nr. 251, S. 23, BT, 30.5.70, Nr. 122, S. 41.
- ³⁴ Verhandlungen des Grossen Rates, Amtsperiode 1961–1965, S. 846–852 (Motion Fluri) und S. 1730–1738 (Vereinigung Brugg/Lauffohr).
- ³⁵ BT, 3.7.64, Nr. 154, S. 23.
- ³⁶ Einwohnerratsprotokoll (ERPr.) Wettingen, 15.12.66 (Ablehnung der Motion Weber) und ERPr. Wettingen, 6.4.67 (Überweisung der Postulate Auer und Widmer).
- ³⁷ ERPr. Neuenhof, 4.1.68 und 12.6.68 (Ablehnung Motion Suter) und ERPr. Neuenhof, 29.5.69 (Annahme der abgeänderten Motion Köfer). Das «Aktionskomitee» wollte ursprünglich nur mit Baden Verhandlungen aufnehmen, der Neuenhofer Einwohnerrat beschloss jedoch, auch mit der Nachbargemeinde Wettingen Gespräche über einen Gemeindezusammenschluss zu führen.
- ³⁸ BT, 24.1.68, Nr. 19, S. 19. Zu den finanziellen Verhältnissen von Neuenhof siehe auch Egloff, V. Die Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: *Neuenhof, ein Dorf und seine Geschichte*, hrsg. von R. Brüscheiler et al., Baden 1993, S. 176/177.
- ³⁹ BT, 13.8.66, Nr. 187, S. 27.
- ⁴⁰ BT, 19.11.66, Nr. 271, S. 23.

- ⁴¹ BT, 19. 4. 69, Nr. 89, S. 29. Die Teilnehmenden mussten auf zwei Fragen antworten: 1. Sind Sie dem Gemeindeverschmelzungsgedanken zwischen Neuenhof und Baden, vorbehaltlich, dass ein solcher Zusammenschluss zu für beide Teile annehmbaren Bedingungen möglich ist, positiv gesinnt? 2. Würden Sie Verhandlungen zwischen den Behörden von Neuenhof und Baden zwecks Erarbeitung der Bedingungen für einen Gemeindegemeinschaftszusammenschluss begrüßen? – Der ausgefüllte Fragebogen musste mit Adresse und Namen versehen werden, so dass eine Auszählung nach männlichen Stimmberechtigten, Frauen im stimmungsfähigen Alter, Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren und Ausländerinnen und Ausländern möglich wurde.
- ⁴² BT, 2. 7. 69, Nr. 149, S. 37/38.
- ⁴³ BT, 19. 6. 68, Nr. 140, S. 25–28 (Resultate der Meinungsumfrage).
- ⁴⁴ NZZ, 6. 7. 69, Nr. 405, S. 19.
- ⁴⁵ Theiler, L./Jost, R. achtung, der Aargau, Baden 1967, S. 24.
- ⁴⁶ Aargauer Volksblatt, 22. 6. 68, Nr. 143, S. 14/15 und 29. 6. 68, Nr. 149, S. 14. Dieselben Argumente finden sich auch im ERPr. Wettingen, 15. 12. 66.
- ⁴⁷ Egloff, V. S. 176.
- ⁴⁸ BT, 10. 11. 69, Nr. 261, S. 28.
- ⁴⁹ BT, 14. 9. 68, Nr. 215, S. 34.
- ⁵⁰ Verhandlungsprotokolle des Grossen Rates, Amtsperiode 1969–1973, I. Teil, S. 379/380.
- ⁵¹ Ebd., S. 380.
- ⁵² Christ, R. Planung und Entwicklung der Region Baden bis 1985, Schlussbericht Arbeitsprogramm 1968–1973, Zürich, Baden 1974, S. 8ff.
- ⁵³ So der Titel des berühmten Buches von D. Meadows, das 1972 als «Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit» erschien.
- ⁵⁴ Gilg, P./Hablützel, P., S. 283.
- ⁵⁵ Deutlich sichtbar wird der Gesinnungswandel auch in den Badener Planungsberichten zum Ausdruck gebracht. Gesamtplan der Innenstadt 1965, S. 9 und S. 15. Stand der Planung 1975, S. 8.
- ⁵⁶ Siegenthaler, H. J. Die Schweiz 1914–1984. In: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bd. 6, hrsg. von W. Fischer et al., Stuttgart 1987, S. 504.
- ⁵⁷ Seiler, Ch./Steigmeier, A., S. 188. Im Zuge dieser politischen Neuorientierung kam es auch zu personellen Veränderungen in der Redaktion des Badener Tagblattes: Werner Geissberger, eigentlicher Vordenker und Protagonist der Regionalstadt-Bewegung, verliess 1972 das BT.
- ⁵⁸ prognos. Europäisches Zentrum für angewandte Wirtschaftsforschung. Vergleich der planerischen und politischen Leitbilder in der Region Baden aus wirtschaftlicher Sicht. Der Einfluss der alternativen Leitbilder auf die Gemeindegemeinschaftszusammenschlüsse. Eine Untersuchung im Auftrag der Regionalplanungsgemeinschaft Baden und Umgebung, Projektleitung: M. Furler, Basel 1971, v. a. S. 124–136.
- ⁵⁹ Atteslander, P. Soziologischer Beitrag zu den Leitbilduntersuchungen über die Region Baden, Bern 1971, v. a. S. 18.
- ⁶⁰ Fischer, F. Chronik REPLA, Fislisbach 1993. Seit 1984 ist die Planungsgruppe Region Baden-Wettingen als einfacher Gemeindeverband (basierend auf dem Gemeindeorganisationsgesetz von 1978, § 74ff.) organisiert.
- ⁶¹ Aregger, H. Die Organisation der Region und: Die Bildung einer organisierten Region Baden-Wettingen, Bern 1971/72. Beide Gutachten liess der Wettinger Gemeinderat aufgrund der 1967 überwiesenen Postulate Auer und Widmer erstellen.
- ⁶² Bircher, S. Politik und Volkswirtschaft des Aargaus, Aarau 1979, S. 31.
- ⁶³ Regionale Neuorganisation Gemeinde Neuenhof, Gemeinde Baden. Bericht der Kommissionen zur Grundlagenerhebung, Juni 1973. Dazu auch: ERPr. Neuenhof, 3. 7. 73.
- ⁶⁴ Regionale Neuorganisation Gemeinde Neuenhof, Gemeinde Wettingen. Bericht der Kommissionen zur Grundlagenerhebung, März 1973. Dazu auch: ERPr. Neuenhof, 3. 7. 75.
- ⁶⁵ Seiler, Ch./Steigmeier, A., S. 199. Auch die Debatte um die neue Kantonsverfassung belegt den abflauenden Reformwillen: Echte Neuerungen wie zum Beispiel die Einführung des Stimmrechtes für Ausländerinnen und Ausländer in Gemeindeangelegenheiten wurden im Verlauf der Verfassungsdebatte eliminiert.
- ⁶⁶ Stadt Baden, Stand der Planung 1975, S. 125/126.
- ⁶⁷ Siehe Anm. 60 und 61.